**Stellungnahme zum Haushalt 2020 der Pro Bürger Fraktion**

Zu Beginn möchte ich mich bei unserem Kämmerer Johannes Lang und seinen Mitarbeitern für ihre Arbeit bedanken. Ich denke, es liegt uns gerade in der schwierigen Coronazeit ein gut ausgearbeiteter Haushaltsplan vor, den wir gemeinsam in der letzten Haupt/Ferienausschusssitzung wegen der Steuerausfälle angepasst haben. Gott sei Dank hatte der bisher geplante Haushalt 2020 noch Reserven, weil unsere Kämmerer seit Jahrzehnten immer sehr vorsichtig planen!

 Auf Grund der wegen der Coronakrise katastrophalen Konjunkturlage sprudeln die Steuereinnahmen nicht mehr und der Gemeindehaushalt muss spätestens in der im Herbst gemeinsam vereinbarten Sondersitzung für die Zukunft neu justiert werden. Verschiebungen von Investitionen in die Zukunft werden in der mittelfristigen Finanzplanung und im Haushalt 2021 unausweichlich sein. Alle Investitionen müssen dabei auf den Prüfstand! Gerade in Höhenrain fordern wir den Vertrag mit der Kirche über die dritte Kindergartengruppe im Kirchenraum im Gemeindehaus zu verlängern, damit wir für die möglichen Erweiterungsvarianten auf Grund der Finanzsituation und anderen Möglichkeiten ausreichend Zeit für Beratung und Verhandlungen haben.

Ganz wichtig ist für die Pro Bürger Fraktion, dass wir nicht mit Steuererhöhungen auf Einnahmerückgänge reagieren, sondern dies als Ultima Ratio betrachten. Schon 2002 hatten wir mal einen Finanzengpass, wo der Gemeinderat eine Kürzung der freiwilligen Leistungen um 25 % beschloss Der deutsche Städtetag hat unlängst verlauten lassen, dass er mit Gewerbesteuerrückgängen von 50 % rechnet! Wir haben jetzt in der letzten Krisensitzung unsere Gewerbesteuereinnahmen von 7 auf 6,2 Mill. € auf Grund der Gewerbesteuervorauszahlungsbescheide reduziert. Da könnte auf uns im dritten und vierten Quartal noch was auf uns zukommen. Andere Haushaltsansätze haben wir korrigiert und somit 2 Millionen etwa eingespart und an Ausgaben verschoben. Unsere Fraktion hat das Projekt Naturschwimmbad deswegen auch schon auf absehbare Zeit nicht mehr als verfolgungsfähig zurück gezogen. Diese Einsicht erwarten wir auch von allen anderen Fraktionen bei den freiwilligen Projekten, wobei ich da großen Konsens sehe.

Erfreulich ist für die Bürger und als Sachaufwandsträger eben auch für die Gemeinde, dass der Freistaat die Kindergartengebühren von Mai bis Juli erstattet. Ansonsten hätte unsere Gemeinde darüber nachdenken müssen, die Bürger zu entlasten, wie es andere Gemeinden schon beschlossen haben.

Nach Rückbetrachtung der größeren Projekte, ist es aus unserer Sicht sinnvoll, die Wohnungsbau/verwaltungsgesellschaft schnell auf den Weg zu bringen. Es freut uns, dass der Antrag allgemein im letzten Gemeinderat auf große Zustimmung gestoßen ist.

Wir können dadurch bei den Bauvorhaben der Gemeinde neue Wege gehen. Auch wenn mal ein Zuschuss nicht gewährt wird, aber durch Aufhebung der VOB kann öfter der regionale Wirtschaftskreislauf besser berücksichtigt werden.

Der gemeindlichen Hochwasserschutz muss trotz widriger Finanzierungsverhältnisse vollendet werden, denn die Finanzmittel vom Freistaat werden sicherlich im nächsten Doppelhaushalt des Freistaates 2021/22 gekürzt werden.

Wir sehen es grundsätzlich positiv, dass die Trinkwasserversorgung für Feldkirchen durch einen neuen Brunnen am neuen Standort im Riedholz gesichert werden konnte, wenn auch die endgültige Betriebserlaubnis noch nicht vorliegt. Wir legen als Pro Bürger Fraktion größten Wert darauf, dass der jahrelange Verbund mit der Höhenrainer Wassergenossenschaft auch über 2020 fort gesetzt wird!

Da wir uns seit Jahren für die Erhaltung des Schuldstandorts Feldkirchen samt Option für einen möglichen Realschulzweig einsetzen, sehen wir es als wichtig an, diesen ständig attraktiv zu halten Wir sind der Meinung, dass das Geld für die Zukunft der Mittel- und Grundschule in Feldkirchen, Vagen und Höhenrain gut investiert ist.

Es besteht im Gemeinderat Einigkeit, den sozialen Wohnungsbau und den Bau von bezahlbarem Wohnraum voranzutreiben. Auch hier herrscht große Einigkeit. In den nächsten Jahren müssen wir die Flurnummer 84 für Wohnraum realisieren. Dies ist zunehmend eine kommunale Aufgabe, denn der Staat hat auf diesem Gebiet durch jahrelange falsche Weichenstellungen versagt und in Ballungsgebieten wie bei uns haben wir dringenden Wohnraumbedarf für alle Bevölkerungsschichten.

Dazu hat die Bundesregierung auch bei Aufstellung von Bebauungsplänen bis zum 31.12.2019 die Auflagen gelockert. Eine Verlängerung der Aufgabenlockerung ist ab dem 1.7.2020 bisher im Gespräch, kann sich aber in Coronazeiten wieder hinaus schieben. Für die anstehenden neuen Baugebiete haben wir noch rechtzeitig den Aufstellungsbeschluss gemacht.

Bei der Umgehungsstraßenplanung müssen wir die vom Straßenbauamt für bis Mitte/Ende 2020 vorzulegenden geprüften Varianten abwarten, bevor wir weitere Entscheidungen im Gemeinderat treffen können. Trotzdem müssen wir aber die Verkehrsuntersuchung begleitend voran bringen, um alle Facetten der gemeindlichen Verkehrszusammenhänge dann miteinander abzuwägen und zu verbinden! Dafür stehen immer noch Haushaltsausgabenreste ausreichend zur Verfügung.

Weiter positiv zu wertender Punkt ist der Bahnhaltepunkt Feldolling . Da müssen wir in Zukunft auch über einen weiteren Park & Ride Parkplatz nachdenken und auf eine Durchtaktung nach München drängen, denn damit wäre auch die Staatsstraße vom Pendlerverkehr nach Aying entlastet.

Den Verwertungshof vom Bauhof zu trennen und ortsnäher anzusiedeln, halten wir für die richtige Entscheidung.

Wir danken allen Mitarbeitern der Gemeinde in diesem Zusammenhang, dass sie in Coronazeiten ihren Dienst tun!

Die Freie Finanzspanne bricht in Coronazeiten massiv von 4,3 Millionen auf 758000 € ein. Die Rücklagen werden massiv aufgebraucht und für nächstes Jahr müssen wir eine Million als Schulden vorsichtshalber vorsehen aufzunehmen.

Im Verwaltungshaushalt sind auf Grund der Gebäudemehrungen und gestiegenen Aufgaben die Personalkosten von 24,48 % auf 30,23 % gestiegen. Dies müssen wir zukünftig bei allen Entscheidungen wieder mehr im Auge behalten! Der Gebäudeunterhalt ist deswegen auch von 19,5 % auf 22,8 % gestiegen. Die Kreisumlage geht leider wegen der einjährigen Verschiebung der Weiterreichung erst 2021 wieder runter.

Wie in der Vergangenheit hat unsere Grundstücksvorratspolitik für die Finanzierung des Vermögenshaushaltes entscheidende Bedeutung.

Für einen neuen Verkehrsanschluss der Gewerbegebiete in Westerham samt einem Bahndurchstich und Begleitmaßnahmen für eine mögliche zukünftige Umgehungsstraße nach einer Grundsatzentscheidung müssen wir auch Rücklagen schaffen. In diesem Zusammenhang hat auch der Ausbau mit Geh- und Radweg der Aiblinger Straße immer noch Priorität, denn temporäre Maßnahmen können nur eine Übergangslösung sein.

Zudem sehen wir das weitere Schrumpfen der Rücklagen und den Verkauf von gemeindlichen Grundstücken ohne neue Zuführung von geeigneten Flächen als bedenklich für die Zukunft an. Eine neue Einnahmequelle für den Haushalt wird dabei die Vergabe im Erbbaurecht der Einheimischengrundstücke darstellen. Dies sorgt aber erst mittelfristig für eine Refinanzierung der Ausgaben für Infrastruktur!

Die Fraktion trägt den Haushalt samt der mittelfristigen Finanzplanung mit.

 Pro Bürger Fraktionssprecher Franz Bergmüller